## 50 ISSES



## TELEGRAMM AUS DEM STADDRAT

Stadtratssitzung vom 30.10.2019

## WEG FREI FÜR RADWEGE AN DER ALBERTSTRASSE

Verkehrswende braucht Taten nicht nur Worte



Nach dem Theater um die Radstreifen auf der Albertstraße im Frühjahr hat heute der neue Stadtrat mit 36 zu 33 Stimmen mit einem Antrag eben diese Radstreifen beschlossen. Damals stoppte eine Stadtratsmehrheit, inklusive OB, die bereits ausgeschriebenen Bauarbeiten für die Radstreifen kurz vor Baubeginn. Damit wird endlich eine große Lücke in dieser wichtigen Nord-Süd-Radverbindung geschlossen. Eine der vier Autospuren fällt weg, was den KfZ-Verkehr laut einer Verkehrsuntersuchung maximal 1 Sekunde kostet und auf beiden Seiten entstehen regelkonforme Radstreifen.

Derzeit müssen Radfahrer\*innen sich stadtaußwärts mit auf dem Fußweg drängen, an ein- und ausparkenden Autos vorbeischlängeln oder auf der vierspurigen Straße auf der Fahrbahn fahren. Leider konnten sich CDU und FDP nicht durchringen über ihren Schatten zu springen. Theoretisch wollen alle bessere Radwege, wenn es dann konkret wird finden sich aber doch immer Gründe, warum es gerade da nicht geht. Für mehr Radverkehr braucht es aber vor allem sichere und komfortable Radwege, nur so funktioniert Verkehrswende. Die Fördermittel werden nun beim Land beantragt.

## **NAZINOTSTAND IN DRESDEN?!**

Ja, es hat angefangen als Replik auf den Klimanotstand. Aber der Antrag hat eine breite und ernsthafte Auseinandersetzung mit seinem Inhalt und Anliegen in Gang gesetzt, schlussendlich sogar mit der FDP. Grundlage war die gemeinsame Einsicht, dass in Dresden eine Gefahr von den Worten und Taten der extremen Rechten ausgeht und, dass es eines klaren Bekenntnisses dagegen bedarf.

Ausgehend von diesem Konsens wurde beraten und diskutiert, es wurden Kompromisse geschlossen und Prioritäten abgewogen. Die Inhalte standen im Vordergrund und über diese sollte bei einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Antrag zuerst diskutiert werden. Im Ergebnis steht der heute hier vorliegende Antrag, der feststellt, dass die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur, der Schutz von benachteiligten Minderheiten und von Opfern rechter Gewalt, der Einsatz für Menschenrechte sowie die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements ein Schwerpunkt der Arbeit des Stadtrates in der 7. Wahlperiode sein soll. 39 von 70 Stadträt\*innen stehen hinter diesen Schwerpunkten. -> rechts oben weiterlesen

Wir haben in Dresden extrem rechte Strukturen und Organisationsformen, und wir haben, auch begünstigt von den Hetzreden von Pegida aber auch den Reden auf AfD Wahlkampfveranstaltungen, die streckenweise nur schwer von Pegida

Versammlungen zu unterscheiden sind, ein Klima und eine Sprache, die sich weit nach rechts verschoben hat.

Bei der Diskussion über diesen Antrag, wird immer wieder auf die Bedeutung von Sprache hingewiesen, auf die Gefahr, die von dem Wort "Notstand" ausgeht. Dabei wird vergessen, welche Folgen Worte wie "Lügenpresse", "Volksverräter", "Absaufen" haben. Es ist wie Victor Klemperer sagte: "Worte können sein wie winzige Arsendosen, nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da." Wer auch nur einmal Montags bei Pegida oder anderen ähnlichen Veranstaltungen zugehört hat, kennt dieses Gift.

Der Antrag, wie er jetzt vorliegt enthält den breiten Kompromiss, dass eine Ge- fahr von antidemokratischen, antipluralistischen, menschenfeindlichen und extrem rechten Positionen ausgeht. Er ist ein Zeichen der Solidarität mit vielen Menschen, die sich täglich engagieren, die Rassismus nicht unwidersprochen lassen, im privaten und im öffentlichen Raum. Ein Zeichen der Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt, mit Menschen die täglich rassistischen Anfeindungen ausgesetzt sind.

Die Rede von Andrea Mühle als Video www.gruene-fraktion-dresden.de

